EP-W-01-108-10

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Energie
Beschlussdatum:	14.10.2023

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 108 bis 111:
~~Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben wollen. Um in den nächsten Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur Energiesicherheit leisten zu können, kommt die Kernfusion jedoch zu spät.~~

Der Müll gefährdet noch unzählige nachfolgende Generationen. Die Gefahr des Missbrauchs zum Bombenbau ist nie vollständig auszuschließen und gegen offene und verdeckte Kriegsführung sind AKWs kaum zu sichern. Der Bau neuer Kraftwerke ist kostspielig, langwierig und volkswirtschaftlich unrentabel. Das gilt auch für Kernfusionsreaktoren. Um in den nächsten Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur Energiesicherheit leisten zu können, kommt die Kernfusion zudem viel zu spät. Deshalb werden wir in der EU dafür arbeiten, den Atomausstieg europaweit umzusetzen. Die ältesten und gefährlichsten Reaktoren wollen wir sofort abschalten.

Vor diesem Hintergrund sehen wir auch die Notwendigkeit einer gründlichen Reformierung des Euratom-Vertrags. Unter der Koordination des Europäischen Parlaments wollen wir die Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung zur zentralen Aufgabe von EURATOM machen. Im EURATOM-Vertrag wollen wir alle Passagen zu Investitionen, Forschungsförderung und Privilegierung von AKW-Projekten durch milliardenschwere Subventionen streichen. Betreiberstaaten wollen wir verpflichten, für grenzüberschreitende Auswirkungen zu haften.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns in Europa unsere Verletzlichkeit aufgrund der einseitigen energiewirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland vor Augen geführt. Solange der Krieg in der Ukraine andauert, führt an der umgehenden Ausdehnung der Russland-Sanktionen auch auf die Importe von Uran und atomwirtschaftlichen Geschäfte kein Weg vorbei. Mittel- bis langfristig bietet der Umstieg auf Erneuerbare Energien die höchstmögliche Unabhängigkeit von totalitären Regimes und damit auch die höchstmögliche Sicherheit für die europäische Energiearchitektur.

Aufgrund ihrer hohen Investitions- und Entsorgungskosten ist Atomenergie praktisch nicht wirtschaftlich betreibbar. Dies hat Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Preisgestaltung. Da die soziale Frage auf einem gemeinamen europäischen Strommarkt stets mitzudenken ist, muss unter den Mitgliedsstaaten hierüber ein offener Dialog möglich sein. Jegliche Strommarktreform muss dafür sorgen, dass die wahren Kosten der Atomkraft in den Preisen reflektiert werden.

Begründung

Teil 2/2 (entsprechend BAG Energie-Diskussion am 14.10.2023).
Gegenüber dem BuVo-Entwurf werden insb. die Punkte EURATOM-Reform, Russland-Sanktionen, Entsorgungskosten und Strommarkt-Reform ergänzt, und die Aussagen zum Thema Atom dadurch "nachgeschärft".